FDP Waldeck-Frankenberg

WALDBESITZER BRAUCHEN DRINGEND UNTERSTÜTZUNG

11.11.2020

Abgerufen am 01.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=878

- **Beteiligung an Einnahmen aus CO2-Abgaben könnte helfen**
- **Innovationen sind Schlüssel zu klimastabilem Wald**
- **Maßnahmen im Forst nicht aus Sondervermögen finanzieren**

WIESBADEN – Wiebke KNELL, forstpolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, weist nach der heutigen Vorstellung des Waldzustandsberichts durch Umweltministerin Priska Hinz auf die nach wie vor schwierige Situation der hessischen Waldbesitzer hin: „Hessens Waldbesitzern geht es schon allein aufgrund der trockenen Sommer der vergangenen Jahre und des Borkenkäferbefalls der Bäume nicht gut. Sie brauchen daher größtmögliche Unterstützung“, fordert Knell. Dass Maßnahmen im Sinne der Verkehrssicherungspflicht nun gefördert würden, sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber: „Wir halten es für sinnvoller, die Verkehrssicherungspflicht zum Beispiel an Straßen nicht bei den Waldbesitzern, sondern beim Baulastträger anzusiedeln.“ Konkretes Beispiel: Muss ein Baum an einer Landstraße gefällt werden, wäre das Land und nicht der Waldbesitzer für die Verkehrssicherung verantwortlich.

Ebenso könnte den Waldbesitzern geholfen werden, wenn ihre Leistungen fürs Ökosystem vergütet und sie an den Einnahmen aus CO2-Abgaben beteiligt würden. „Leider hat die Ministerin auch dieses Thema abgeblockt“, sagt Knell und erklärt: „Nach unserer Überzeugung sollten die CO2-Leistungen der Waldbesitzer in den CO2-Zertifikatehandel integriert werden. Dafür sollte sich Frau Hinz einsetzen.“ Knell appelliert zudem an die Ministerin, bei der Wiederaufforstung des Waldes auch an Baumarten wie Stieleiche, Douglasie, Weißtanne zu denken, die hier bislang nicht vorkommen. „Der Schlüssel zu einem klimastabilen Wald sind auch Forschung und Innovationen“, erklärt Knell.

Kritik übt die forstpolitische Sprecherin an der Finanzierung der Maßnahmen für die hessischen Wälder: „Dass 45 Millionen Euro aus dem sogenannten Sondervermögen der Landesregierung kommen, halten wir für falsch, denn die Probleme des Waldes haben erstmal nichts mit der Corona-Pandemie zu tun. Die Kosten müssten im regulären Haushalt abgebildet werden“, macht Knell klar.

Abgerufen am 01.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=878

Abgerufen am 01.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=878